

der NATO und einen Verlust von Arbeitskräften für die Deutsche Demokratische Republik bedeutet. Es gilt daher, jeden einzelnen Arbeiter, Angehörigen der Intelligenz oder Bauern davon zu überzeugen, daß er nicht aus kleinlichen wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen nach Westdeutschland verziehen darf.

.....
.....
Der Antragsteller muß die Überzeugung gewinnen, daß die Ablehnung seines Gesuches nicht nur dem allgemeinen Interesse unseres Volkes dient, sondern daß es uns auf seine Person ankommt. Die Kommission für den innerdeutschen Reiseverkehr beim Rat des Kreises Wismar versteht es z. B. ausgezeichnet, den älteren Bürgern zu erläutern, daß wir uns verpflichtet fühlen, auch für ihr Alter zu sorgen, wenn sie als Werkstätige jahrelang am Aufbau unserer Republik mitgeholfen haben. Am persönlichen Beispiel des Antragstellers werden ganz individuell unsere erreichten Erfolge nachgewiesen und in ihm die Überlegung geweckt, daß er hier seine gesicherte Existenz hat, die er besser nicht mit einem ungewissen Schicksal vertauschen sollte.

Das Ziel der Kommissionsarbeit, die Bürger zum Verzicht auf die Übersiedlung zu veranlassen, wird um so eher erreicht, je besser die gesamte Tätigkeit der Kommissionen organisiert wird. Das gilt insbesondere für die vorbereitenden Arbeiten. Zunächst wird zu versuchen sein, den Bürger zur Rücknahme seines Antrages zu bewegen. Aussprachen in den Gewerkschaftsorganisationen der Betriebe, durch die Nationale Front usw. zeigen vielfach gute Ergebnisse. Man kann sich auch dabei der Komitees zur Unterstützung der Rückkehr von Personen aus Westdeutschland bedienen, die meistens über Erfahrungen in der Behandlung solcher Fragen verfügen.

Vor der Weiterleitung der Anträge an die Kommission soll der Rat der Gemeinde Stellung nehmen. Es muß jedoch darauf geachtet werden, daß dabei nicht die Entscheidung vorweggenommen wird, sondern hier kann vor allem angegeben werden, in welcher Richtung bisher mit dem Antragsteller diskutiert wurde. Ähnliches gilt für die etwa erbetenen Stellungnahmen anderer Dienststellen.

Es empfiehlt sich in der Mehrzahl der Fälle nicht, zum Antrag schon die Vorlage von Bescheinigungen über die Schuldenfreiheit und ausgefüllte Warenbegleitscheine zu verlangen. Die Beschaffung dieser Papiere erfordert viel Zeit, veranlaßt vielleicht zur Auflösung eines Teils des Haushaltes und bringt schon eine gewisse Abmeldestimmung mit sich. Zur Sitzung der Kommission muß der Antragsteller unbedingt eingeladen werden.

.....
.....

Quelle: „Demokratischer Aufbau“, Zeitschrift für die Mitarbeiter der Organe der Staatsmacht, Erstes Januarheft 1958, S. 11. Deutscher Zentralverlag, Berlin.

*

Die Anträge, Übersiedlungen in die Bundesrepublik oder nach Westberlin zu genehmigen, werden zur Zeit von den Abteilungen „Innere Angelegenheiten“ bei den Räten der Kreise bearbeitet. In jedem Antrag muß ausführlich begründet werden, warum der Antragsteller aus der Sowjetzone verziehen will. Die Anträge gehen dann an die Verwaltungskommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr. Der Antragsteller soll von dieser Kommission persönlich gehört werden. Den Vorsitz in der Kommission führt der Leiter der Abteilung „Innere Angelegenheiten“. Dieser teilt auch dem Antragsteller mündlich die Entscheidung der Kommission

mit. Schriftliche Bescheide sollen nicht herausgegeben werden. Fast alle Anträge werden derzeit von den Kommissionen abgelehnt. Ausnahmen sollen lediglich dann zugelassen werden, wenn es sich um einen alleinstehenden älteren und arbeitsunfähigen Antragsteller handelt. Voraussetzung ist jedoch, daß kein naher Angehöriger „republikflüchtig“ geworden ist. Sämtliche eingegangenen Anträge müssen auch noch dem zuständigen Rat des Bezirkes vorgelegt werden, der selbst dann noch ablehnen kann, wenn die Kommission bereits in den erwähnten Ausnahmefällen der Übersiedlung zugestimmt hat.

Beschwerden gegen die Entscheidungen der Kreise sind an den Rat des Bezirkes, Abteilung Innere Angelegenheiten, zulässig. Sie haben aber kaum Aussicht auf Erfolg. Auf die Beschwerde wird zumeist lediglich mitgeteilt, daß es bei den getroffenen Entscheidungen zu verbleiben habe. Ähnlich antworten auf weitere Beschwerden oder Eingaben das Innenministerium der SBZ, der Ostmagistrat oder die Kanzlei des Zonenpräsidenten Pieck.

DOKUMENT 50

Der Rat des Kreises Fürstenwalde/Spree
Bezirk Frankfurt (Oder) den 1. 3. 1958
Abteilung Innere Angelegenheiten

Herrn
Otto Hentschel u. Frau
Fürstenwalde
Lindenstr. 32

Werter Herr und Frau Hentschel!

Ihrem Antrag auf Umzug nach Westberlin kann aus den Ihnen bei der Aussprache vor der Kommission eingehend dargelegten Gründen nicht stattgegeben werden.

gez. Bradtke
(Bradtke)
stellvertr. Abteilungsleiter

DOKUMENT 51

Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder)
Land Brandenburg
Abteilung: Innere Angelegenheiten
A.-Z: 18-30/69/58 - Li.

Frankfurt (Oder), den 25. 4. 1958
Wilhelm-Pieck-Str.

An Herrn
Otto Hentschel
Fürstenwalde
Lindenstr. 32

Werter Herr Hentschel!

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. 4. 1958 und teilen Ihnen nach erfolgter Überprüfung mit, daß wir uns in Ihrer Angelegenheit der Entscheidung des Rates des Kreises Fürstenwalde anschließen. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie in unserer Deutschen Demokratischen Republik niemand als „Heimatvertriebene“ betrachtet.

Wenn Sie in Ihrem Schreiben eine „Wiedergutmachung des an Ihnen begangenen Unrechts“ erwähnen, so empfehlen wir Ihnen, einmal genauestens zu überprüfen,